



„Natürlich braucht es Vorgaben“

Die SPD-Fraktion debattiert auf ihrer Klausur über Pflege und Klinikreform

Wir haben eines der teuersten Gesundheitssysteme der Welt, aber nicht eins der besten, geschweige denn effizientesten“. Es ist Tag zwei der Klausur der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag. An diesem Mittwoch debattiert sie über die Themen Gesundheit und Pflege.

Ruth Waldmann, gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion, reißt die Problemlage auf. Obwohl viel Geld ins System fließe, schrieben über 80 Prozent der Kliniken rote Zahlen. „Viele halten nicht mehr lange durch.“ Ein Grund sei unter anderem, dass im Schnitt jedes dritte Krankenhausbett im Freistaat leer stehe.

Abhilfe soll die Krankenhausreform aus dem Haus von Bundesgesundheits-

minister **Karl Lauterbach** (SPD) schaffen. Deren Kernpunkt ist die Konzentration von bestimmten Leistungen auf bestimmte Häuser. Die als Gastreferentin geladene unterfränkische SPD-Bundestagsabgeordnete **Sabine Dittmar**, Parlamentarische Staatssekretärin bei Lauterbach, mahnt: „Jetzt müssen Entscheidungen getroffen werden: Welches Krankenhaus macht was?“

Umso erstaunter gibt sich **Waldmann** über das Gebaren der bayerischen Staatsregierung. Gesundheitsministerin

Judith Gerlach (CSU) wirft sie schlicht Arbeitsverweigerung vor: „Krankenhausplanung ist Ländersache.“ Sie werde umso nötiger, da die Krankenhausreform jetzt umgesetzt werden müsse. An der Staatsregierung kritisiert sie eine Flucht in die Moderatorenrolle und ein Abwälzen auf regionale Träger.

„Natürlich braucht es Vorgaben. Landräte können keine medizinische Versorgungsplanung vornehmen.“ **Waldmanns**

Vermutung ist, dass die Staatsregierung sich um schwierige Entscheidungen vor Ort drücken will. Von ihr fordere sie statt bloßer Ankündigungen im Wahlkampf eine „echte“ Krankenhausmilliarde, um die Defizite der Häuser auszugleichen.

Auch zur Reform der Pflege hat die SPD-Fraktion Vorstellungen. Angehörige müssten unbedingt entlastet werden, findet **Waldmann**. Denn die große Mehrheit der pflegebedürftigen Bayern, etwa 80 Prozent, werde zu Hause gepflegt. Die SPD-Gesundheitsexpertin fordert für pflegende Angehörige Lohnersatzleistungen sowie eine bessere Anrechnung von Pflegezeiten bei der Rente.

Außerdem solle der Freistaat die Kosten für Investitionen und für die Pflegeausbildung – welche bislang vom pflegebedürftigen selbst getragen werden – übernehmen. Des Weiteren wünscht sich **Waldmann**, dass das Landespflegegeld an Bedürftige weiterhin in voller Höhe gezahlt wird sowie Pflegestützpunkte in allen 96 bayerischen Landkreisen.

Florian Kronfeldner

Ebenfalls erschienen in: Straubinger Tagblatt.